

Arbeit der Kommission von außen aktiv begleiten. „Von einem Neuanfang bei der Endlagersuche kann keine Rede sein. Noch immer werden große Mengen Atommüll bei der Endlagersuche einfach ignoriert“, beklagt der Energiereferent von Robin Wood Dirk Seifert. „Wer das Atommüllproblem wirklich angehen will, muß endlich auch über das ganze Atommüldesaster sprechen.“

In der von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) geplanten Kommission sollen zwei von insgesamt 33 Plätzen mit Vertretern aus Natur- und Umweltschutzorganisationen besetzt werden. Die übrigen Sitze sollen an Politiker, Wissenschaftler, Kirchen-, Gewerkschafts- und Industrievertreter gehen. Ursula Heinen-Esser, bisher Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, soll die Kommission nun dem Vernehmen nach leiten, nachdem andere Kandidaten wie der frühere Bundesumweltminister und ehemalige Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen Klaus Töpfer (CDU) sowie der frühere RWE-Manager, Ex-Wirtschaftsminister und jetzige Vorsitzende der RAG-Stiftung zur Abwicklung des subventionierten deutschen Steinkohlebergbaus Werner Müller abgewinkt hatten. Die CDU-Politikerin sei hervorragend in der Lage, Kompromisse herbeizuführen und zu moderieren, lobten Ute Voigt (SPD) und Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) übereinstimmend.

Die Umweltverbände kritisieren, dass die Politik zentrale Voraussetzungen für einen ehrlichen Neustart einfach ignoriert hat. So sieht die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg einen Kardinalfehler darin, dass der geologisch ungeeignete Standort Gorleben im Suchverfahren nicht ausgeschlossen wurde.

„Gorleben wird durch das neue Gesetz im nachhinein

sogar legitimiert“, warnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Auch haben Bundestag und Bundesrat keine Mindestanzahl an zu erkundenden Standorten über den Salzstock Gorleben hinaus in das Gesetz aufgenommen.

„Nachdem einige Verbände für sich entschieden haben, nicht in die Atommüll-Kommission zu gehen, stellt sich die Frage, was dies für uns bedeutet“, erklärte der Sprecher der Anti-Atom-Organisation ‚ausgestrahlt Jochen Stay. „Wir wollen das nicht alleine entscheiden, sondern werden die örtlichen Anti-Atom-Initiativen befragen, was aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Die Parteien reden von Transparenz und Partizipation in der Atommüll-Frage und praktizieren das Gegenteil. Wir wollen zeigen, daß dies keine hohlen Begriffe sind.“

Dem Vernehmen nach möchte dagegen die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gern in der Kommission vertreten sein, sieht sich jedoch der Kritik durch die anderen Verbände ausgesetzt.

Der BUND hatte seinen ablehnenden Beschluß damit begründet, daß die Arbeit der Kommission wie sie jetzt im Endlagersuchgesetz definiert wurde, keine ausreichenden Möglichkeiten bietet, den geforderten breiten gesellschaftlichen Dialog über die Kriterien und die Vorgehensweise zur Standortsuche durchzuführen. Obwohl es zahlreiche fachliche und politische Gründe gebe den Standort Gorleben von vornherein aus der weiteren Endlagersuche auszuschließen, sei dieser Standort bewußt und gezielt in das weitere Verfahren aufgenommen worden. Alle Rufe danach, daß Bürger transparent und aktiv bei solch umweltrelevanten Vorhaben beteiligt und gegebenenfalls bei Entscheidungen über Volksentscheide einbezogen werden sollten, seien verhallt. Im Gegenteil straffe das Gesetz die

Entscheidungswege. Es ermögliche Enteignungen und minimiere die juristische Einspruchsmöglichkeit der Bürger, indem behördliche Entscheidungen durch Parlamentsbeschlüsse ersetzt werden. Nur einmal werde nach der unterirdischen Erkundung die Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Ansonsten bleibe nur der aufwendige Weg nach Karlsruhe.

Am 31. August 2013 trafen sich Bürgerinitiativen von Atommüllstandorten, unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie in diesem Bereich arbeitende Organisationen in Kassel zu ihrer 3. Atommüllkonferenz. Nach Auffassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten die für Umweltverbände vorgesehenen Plätze in der Endlager-Kommission nicht besetzt werden. Der Konferenz lag eine 272seitige Bestandsaufnahme vor, wo und wie derzeit Atommüll an Standorten in ganz Deutschlands lagert. Der Bericht soll Mitte September veröffentlicht werden und dann Grundlage einer weiteren offensiven Auseinandersetzung über den Umgang mit Atommüll sein.

Im Wortlaut erklärten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Atommüllkonferenz: „Das Standortauswahlgesetz, wie auch die in dem Gesetz fixierte Besetzung der ‚Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe‘ und ihre mangelnde Kompetenz im weiteren Prozess schließen es aus, dass die Bundesrepublik Deutschland über diesen Weg der Klärung des langfristigen Umgangs mit dem Atommüll näher kommt. Sie dient im Gegenteil dazu, den Standort Gorleben nachträglich zu legitimieren. Deshalb besteht unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Konsens, dass die beiden für die Umweltbewegung vorgesehenen Plätze in der Kommission nicht besetzt werden sollen.

Eine Mehrheit der Teilnehmenden spricht sich dafür aus, auch dann keinen Sitz in der Kommission zu besetzen, wenn es zu einer Nominierung aus anderen Teilen der Umweltbewegung kommt. Mit der umfangreichen ‚Bestandsaufnahme Atommüll‘ zeigt die Konferenz das ganze Desaster im Umgang mit dem schwach-, mittel- und hochradioaktiven Atommüll auf. Ein wirklich offener, gesellschaftlicher Entscheidungsprozess muss alle Arten von Atommüll und alle Beteiligten und Betroffenen einbeziehen.“

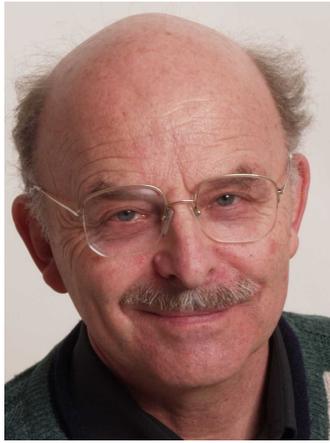
Gratulation

Prof. Dr. med. Horst Kuni 75

Die Anwender neuer Techniken neigen dazu, schädliche Nebenwirkungen ihrer Tätigkeit zu unterschätzen und zu ignorieren. Der große Einfluss der Atomlobby auf die offiziell vertretenen Strahlenschutzkriterien trägt bis heute dazu bei, dass Ärzte den Bedenken bezüglich übermäßiger Strahlenbelastungen in der Diagnostik verständnislos gegenüberstehen. Horst Kuni war jedoch nie ein gläubiger Jünger des Mainstreams. Die Nuklearmedizin, also die Anwendung radioaktiver Isotope in Diagnostik und Therapie, der er sich in den 1960er Jahren zuwandte, stand damals erst ganz am Anfang ihrer heutigen Bedeutung. Als Doktorand, Facharzt und Hochschullehrer am Universitätsklinikum Marburg wirkte er an der Entwicklung und Etablierung dieser radiologischen Disziplin mit, befasste sich aber ebenfalls eigenständig mit den Strahleneffekten im Gewebe bei Inkorporation radioaktiver Stoffe sowie der Folgenabschätzung für exponierte Patienten, Arbeitnehmer und Bevölkerungen.

Insbesondere nach seiner Berufung zum ermächtigten Arzt für Strahlenschutzuntersuchungen am Marburger Medizinischen Zentrum für Radiologie behandelte er Fälle von Verstrahlungen und setzte sich für potentiell strahlengeschädigte Arbeitnehmer ein. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl im Frühjahr 1986 war er Mitglied in der Strahlenkommission des Landkreises Marburg-Biedenkopf und führte eigene Radioaktivitätsmessungen an Personen aus der Bevölkerung durch.

1984 übernahm Kuni den medizinischen Teil eines Forschungsprojektes des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Arbeitsbedingungen in nuklearen Wiederaufarbeitungsanlagen“, das im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie durchgeführt wurde. Die 1987 vorgelegten Ergebnisse übernahm er mit ihm und Mitarbeiterin Anne Blum sind ein Lehrstück über strahlenbiologische Ursachen für Niederdosiseffekte, Risikoabschätzungen aus epidemiologischen Daten sowie über Probleme der Dosimetrie und der Wirkung von Plutonium und anderen inkorporierten Hoch-LET-Strahlern. Diese Arbeiten wurden fortgesetzt in einem Gutachten des Otto Hug Strahleninstituts für die Freie und Hansestadt Hamburg „Strahlenexposition und -risiko sowie Sicherheit bei der sog. 'schadlosen Verwertung' von bestrahlten Brennelementen im Ausland“ (1990).



Unterschätzte Wirkungen von Hoch-LET-Strahlungen blieben ein Schwerpunkt seiner Arbeit im Zusammenhang mit Gesundheitsschäden bei CASTOR-Transporten (Neutronen), Uranbergarbeitern und beim Flugpersonal (Neutronen). Dass letztere tatsächlich an Risikoarbeitsplätzen beschäftigt sind, hat sich inzwischen in etlichen Studien gezeigt. Des weiteren beteiligte er sich an der Erforschung der Leukämieerkrankungen bei kerntechnischen Anlagen. Er beschrieb ein Cluster kindlicher Leukämien in Niederzier, das im Zeitraum 1980 bis 1993 in der Umgebung der Kernforschungsanlage Jülich aufgetreten ist, und untersuchte mögliche Risikofaktoren. Als einzige Gemeinsamkeit ergab sich die Nähe zum Jülicher Forschungsreaktor. Er war Mitglied in zwei Länderkommissionen zur Aufklärung der Leukämiehäufung in der Elbmarsch bei Geesthacht. In einem umfangreichen strahlenbiologischen Gutachten, das in diesem Zusammenhang für die Landes-

regierung Schleswig-Holstein erstellt wurde (2001), bearbeitete er das Kapitel „Kanzeroogenität unter besonderer Berücksichtigung immunhämato-poetischer Malignitäten“. Darin wurden die Kenntnisse über typische Merkmale strahleninduzierter Leukämieerkrankungen auf den neuesten Stand gebracht.

Zu einer Zeit, als in der „Fachwelt“ noch lange bestritten wurde, dass beruflich Strahlenexponierte innerhalb der geltenden Dosisgrenzwerte real und konkret an strahlenbedingtem Krebs erkranken können, legte Kuni sich mit den Berufsgenossenschaften an, die ihn bei den Sozialgerichten verunglimpften und ihn als Gutachter am liebsten von dort verbannt hätten.

Horst Kuni ist eine Ausnahmenscheinung. Er verfügt über ein breites und tiefes medizinisches Wissen. Das hat er voraus gegenüber zahlreichen Physikern, die sich im Bereich Strahlenschutz tummeln und Strahlenschäden berechnen. Aufgrund seiner weiteren naturwissenschaftlichen Talente durchschaut er die vielen Tricks und Vereinfachungen, mit denen ermittelt wird, was nicht gemessen werden kann: die Strahlendosen durch Radioaktivität in der Umwelt und an Arbeitsplätzen, und die doch als bare Münze genommen werden in der Epidemiologie und bei Sozialgerichten. Als Arzt, der betroffenen Patienten leibhaftig begegnet ist, hat er gewichtige

Vorbehalte eingebracht in die technokratisch dominierte Grenzwertdebatte, die sich darum dreht, wieviele Tote wegen des „gesellschaftlichen Nutzens“ einer Technik toleriert werden dürfen.

Kuni ist Gründungsmitglied des Otto Hug Strahleninstituts e.V. und langjähriges Mitglied der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. sowie der Atom- und Strahlenkommission des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Es ist gut zu wissen, dass seine diesbezüglichen Aktivitäten auch außerhalb der atomkritischen Zirkel in der Ärzteschaft Anerkennung gefunden haben. Im März dieses Jahres erhielt er zum wiederholten Mal die Ehrenplakette der Landesärztekammer Hessen, diesmal in Silber. In der Laudatio wurden auch seine Verdienste um den Strahlenschutz ausdrücklich hervorgehoben. Auf dem mühevollen Weg des Atomausstiegs, der Aufklärung über die wahren Auswirkungen von Strahlenbelastungen und der Erreichung besserer Schutzstandards hat er notwendige Debatten angestoßen und nachhaltige Beiträge geliefert.

In diesem Monat vollendet Horst Kuni sein 75. Lebensjahr. Seine BewunderInnen und MitstreiterInnen gratulieren herzlich und bemühen sich weiterhin, ihm nachzueifern.

Inge Schmitz-Feuerhake ●

Umweltradioaktivität

Die mittlere Strahlenbelastung der Bevölkerung durch Röntgenuntersuchungen hat stetig zugenommen

Die Bundesregierung unterrichtete über die Umweltradioaktivität und die Strahlenbelastung im Jahr 2011

Der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl im Jahr 1986 verursachte auch im Jahr 2011 noch einen, wenn auch geringen Beitrag zur sogenannten zivilisatorischen Strahlenbelastung. Das schreibt die Bundesregierung in einer Unterrichtung über Umweltradioaktivität und die Strahlenbelastung im Jahr 2011 (Bundestagsdrucksache 17/14395 vom 12. Juli 2013) Darin wird

sowohl über die natürliche Strahlenbelastung, die zivilisatorische verändert sein kann, als auch über die zivilisatorische Strahlenbelastung durch kerntechnische Anlagen sowie durch Auswirkungen von Unfällen in Atomkraftanlagen berichtet.

Zusammenfassend hat dem Bericht zufolge die berechnete mittlere Gesamtbelastung von